
Mut zu Europa

Für eine europäische Zukunftsoffensive

Ursula Plassnik

2009 wird ein beispielloses Jahr der Bewährung – für die Europäische Union wie für die einzelnen Mitgliedsstaaten, für unsere Wirtschaft und Politik. Europa steht in einem harten Selbstbehauptungstest. Die Hebel sind auf Krisenmanagement gestellt.

- Wie umgehen mit den akuten Herausforderungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise?
- Wie standhalten im Sturm täglicher Horrormeldungen in den Konjunkturprognosen, der Außen-, Innen- und Europapolitik?
- Wie die Weichen stellen für nachhaltige Zukunftstauglichkeit?
- Wie das rechte Maß finden für Staatseingriffe?
- Wie Arbeitsplätze sichern, Verantwortungen klarstellen, Freiheit bewahren?

Genau 20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs kommt das europäische Lebensmodell einer Balance von sozialem Ausgleich und Wettbewerbsfähigkeit, von Nachhaltigkeit, Sicherheit und Offenheit plötzlich unter Druck, von innen wie von außen.

Das 39. Weltwirtschaftsforum in Davos und seine deklarierte Gegenveranstaltung, das 9. Weltsozialforum in Belem, sind vor kurzem zu Ende gegangen. Der Sukkurs da wie dort: Fragen über Fragen, Ratlosigkeit auf hoher Ebene, Schwanken zwischen Fassungslosigkeit und Gesundbeten, wenig konkrete Handlungsanleitungen. Dazu: Wut auf den Straßen von Paris, Athen, Wilna, Riga und Großbritannien. Angst in den Wohnzimmern Europas. Dagegen »Obamania« weltweit, triumphalistische Freuden gesänge über den Kollaps des Neoliberalismus und den »Ausweg« Sozialismus bei Südamerikas linken Führern.

Eine Zeit tiefgreifender Verunsicherung. Eine Vertrauenskrise, gleichsam querfeldein.

Und was geschieht in Europa?

Sicherlich wurde einiges im letzten Halbjahr erreicht: ein europäisches Konjunkturprogramm von immerhin 1,5% des EU-BIP wurde als gemeinsamer Rahmen am Dezember-Gipfel der EU von den Regierungschefs gebilligt. Ein Klima- und Ener-

giepaket mit Blickrichtung auf den Kopenhagener Welt-Klimagipfel im Herbst 2009 wurde vereinbart. Ein Weg zum Inkrafttreten der reformierten europäischen »Hausordnung«, des Vertrages von Lissabon, wurde aufgezeigt.

Auch das Instrumentarium europäischen Krisenmanagements hat auf einigen Gebieten Funktionsfähigkeit bewiesen, ob im Georgienkrieg oder bei Vorschlägen zu einer europäischen Finanzmarktaufsicht. In anderen Bereichen wurden verwundbare Flanken offenkundig – am augenfälligsten wohl in der russisch-ukrainisch-europäischen Gaskrise. Hier besteht akuter EU-interner Handlungsbedarf.

Interessanterweise scheint die Krise für die breitere europäische Öffentlichkeit ein Augenöffner und Lernbehelf in Sachen Europabewußtsein zu sein. Zusammenstehen und die Notwendigkeit gemeinsamer europäischer Lösungsansätze gewinnen an Unterstützung. Noch ist es zu früh, aus den Umfragedaten des letzten Eurobarometers 12/2008 einen nachhaltigen pro-europäischen Lernschub zu konstatieren. Zu stark sind die populistischen Kräfte, die kurzfristig im täglichen parteipolitischen Hickhack punkten wollen, ohne glaubwürdige praxistaugliche Gegenkonzepte anbieten zu müssen.

Wohin also geht die Reise auf dem europäischen Schiff in den unruhigen Gewässern des Jahres 2009?

Vertrauen zur Lösungskompetenz Europas

Das Kernthema ist vordergründig unspektakulär: Vertrauen schaffen, Vertrauen stärken. »Glaubt an dieses Europa« – so müßte der Aufruf an die verunsicherten Europäer heute lauten. Glaubt an die Lösungskompetenz dieses neuen, größeren Europas! Dieser Glaube ist nicht bloße Willensentscheidung, sondern wohlfundiert in eigener Erfahrung. Es war richtig, die letzten 20 Jahre nicht mit Introspektion zu verbringen, sondern das risikoreiche Unterfangen der Erweiterung der Union nach dem Kollaps der Sowjetunion in Angriff zu nehmen und großteils auch umzusetzen. Es war und bleibt wirtschaftlich und gesellschaftlich richtig, mit dem Binnenmarkt und der Schengenzone einen Raum für gemeinsames Wirtschaften und Leben zu schaffen – zugunsten freier europäischer Bürger.

Es wäre falsch, die jetzt anstehende Etappe der Einbeziehung der Balkanländer in das europäische Einigungswerk zu unterbrechen oder gar zu stoppen – unter welchem Vorwand auch immer. Das europäische Schicksal Kroatiens, Serbiens, des Kosovo, Bosniens, Albaniens, Montenegros oder Mazedoniens mit dem Vertrag von Lissabon zu verknüpfen, wäre eine fatale politische Fehlentscheidung. Sie würde den Reformmotor »Beitrittsperspektive« zum Erliegen bringen, mit unabsehbaren Folgen nicht nur für diese Region, sondern für Gesamt Europa. Europa muß Stabilität exportieren, nicht Zonen der Instabilität zulassen – gerade in schwierigen Zeiten. Der ohnehin anspruchsvolle Weg in die EU darf nicht durch noch so dornige bilaterale Nachbarschaftsthemen blockiert werden – siehe Griechenland und Mazedonien, siehe Kroatien und Slowenien. Übrigens weist das zitierte Eurobarometer für Kroatien erstmals eine EU-skeptische Mehrheit aus (EU gute oder schlechte Sache). Auch das ein Warnzeichen und ein Hinweis auf die Wichtigkeit europäischer Standhaftigkeit.

Vertrauen stärken – gerade der Rückblick auf das Jahr 1989 sollte unseren Blick wieder dafür schärfen, welche enormen Beiträge unsere östlichen und südöstlichen Nachbarn für unsere moderne europäische Identität erbracht haben. Sie haben mit immensem Einsatz ein erstarrtes und menschenfeindliches System abgestreift und auf

friedlichem Weg den Übergang in Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft geschafft. Mit solidarischer Unterstützung und tatkräftiger Hilfe des freien und wohlhabenden Europa, zugegeben, aber das schmälert die Leistung der Ungarn und Polen, der Slowenen und Slowaken, der Litauer, Letten, Tschechen, Esten, Rumänen und Bulgaren in keiner Weise. Nicht immer und überall perfekt, mit vielen Altlasten und Kinderkrankheiten. Aber doch in verblüffend kurzer Zeit und jedenfalls unwiderruflich.

Vertrauen wieder aufzubauen ist die beste Anti-Krisenstrategie. Was für Banken untereinander, was für Konsumenten und Märkte gilt, trifft auch zu für die Bürger Europas und ihr europäisches Projekt. Besser als jede noch so ausgeklügelte Werbestrategie macht die Wirtschaftskrise für jedermann offenkundig, daß der Rückzug ins vermeintlich überschaubare nationale Biedermeier nicht ausreicht, mag er gelegentlich noch so verlockend sein. Gehandelt werden muß sowohl im Nationalstaat als auch im europäischen Zusammenwirken und auf globaler Ebene. Wir müssen Regeln für alle Bewohner des Weltdorfs entwickeln. Nur durch das Zusammenspiel dieser unterschiedlichen vernetzten Ebenen können vernünftige Resultate erzielt werden.

Krisenbewältigung ist immer auch Komplexitätsmanagement. Also der praktische Umgang mit vielen unerwarteten, rasch und simultan ablaufenden Kontinuitätsbrüchen. Europäisches Krisenmanagement ist besonders anspruchsvoll, werden dabei doch die unterschiedlichen Ausgangslagen, Rechtsordnungen und Zielsetzungen von 27 Demokratien zu einheitlichem Handeln gebündelt. Aber wer hätte weltweit eine bessere Ausgangslage als die EU, die den ständigen Interessensausgleich geradezu zum System erkoren hat? Ihre anerkannte Kernkompetenz ist das »*diversity management*«. Die EU praktiziert ja Tag für Tag den Umgang mit 27 pluralistischen Gesellschaften in der ganzen Bandbreite relevanter Themen.

Europa lernt aus Krisen

Europa kann und muß im wohlverstandenen Eigeninteresse der Weltwirtschaftskrise aktiv Lösungsansätze entwickeln. Unter dem tschechischen und schwedischen Vorsitz, im Zusammenwirken der EU-Institutionen, mit tatkräftiger Mitwirkung der globalen Vernetzer Deutschland, Frankreich und Großbritannien sollten 2009 einige Pflöcke eingeschlagen werden. Der Frühjahrsgipfel am 18. und 19. März drängt sich geradezu auf für den Versuch einer Gesamtschau und eines europäischen Gesamtimpulses.

Europa lernt immer auch aus Krisen, geht letztlich gestärkt aus ihnen hervor. Die europäische Kardinaltugend angewandter Lernfähigkeit ist jetzt in besonderem Maße gefordert. Und es gibt keinen Grund zur Annahme, daß Europa diesen Lerntest nicht bestehen kann, trotz einiger Unsicherheiten am Beginn dieser Krise.

Was allerdings unabdingbar ist: ein gesundes europäisches Selbstvertrauen. Wer vor lauter Selbstzweifeln den Mut zu gemeinsamem Handeln verliert, der wird am Wegesrand zurückbleiben, wenn die Karawane weiterzieht. Der wird den Schaden haben ohne den Nutzen europäischer Gemeinsamkeit. »Europa schützt – Europa nützt« – nie war das greifbarer als heute.

»Mut zu Europa« sollte daher das Leitmotiv sein. Europa ist ein Kontinent der Zuversicht und der Zukunft, wenn wir nur wollen. Was wären also einige Ansätze für eine solche europäische Zukunftsoffensive?

1. Fehler vermeiden

Es wäre falsch, das Kind mit dem Bad auszuschütten, Panikreaktionen bringen das Boot eher zum Kentern als Stabilität zu schaffen. Weder Markt noch Staat sind Wunderdrogen oder Allheilmittel. Natürlich ist das jeweils rechte Maß an Regulierung und Intervention strittig. Aber wenn die EU diese Herausforderung nicht proaktiv aufnimmt, droht eine Gefährdung der Grundfesten europäischer Gemeinsamkeit.

Aus der bitteren Erfahrung der Großen Depression der 30er Jahre weiß man um die Bedeutung der Vermeidung von Fehlern im staatlichen Krisenmanagement. Wer statt Löschwasser Öl erwischt, wird das Feuer nicht löschen. Erste Priorität muß daher der Vermeidung krisenverstärkender und krisenverlängernder Maßnahmen gelten. Geradezu ironisch wirke in diesem Zusammenhang der Hinweis von Wladimir Putin in Davos auf die mangelnde Wirtschaftslösungskompetenz der Sowjetunion...

2. Kurzfristige Krisenbewältigung – langfristige Stabilitätsarbeit

Unerläßliche Maßnahmen zur Krisenbewältigung müssen als solche identifiziert und präzise begrenzt werden, zeitlich wie inhaltlich. Sie dürfen nicht im Widerspruch stehen zu langfristigen und nachhaltigen Zielsetzungen, etwa der Bekämpfung des Klimawandels, der nationalen Haushaltsdisziplin, der Bildungs- und Forschungsanliegen. Die »Generation morgen« hat in solchen Situationen keine laute Stimme. Sie braucht uns zum Fürsprecher für ihre Anliegen. Zukunft gefährden, um Veraltetes zu retten oder sogar zu versteinern, wäre wohl unsere schwerwiegendste Sünde. Noch so lautstarke Lobbies dürfen nicht unseren Blick ablenken von Gerechtigkeit und Schutz für die Stillen in unseren Gesellschaften.

»Heute Flexibilität, morgen Disziplin« – mit diesen Worten hat Kommissionspräsident José Manuel Barroso eine Leitschiene europäischen Krisenmanagements umrissen. Die drei »T« der Hilfsmaßnahmen für Banken (timely, targeted, temporary) sind dabei strukturelle Minimalerfordernisse.

3. Absage an Protektionismus

Europäische Politiker werden in für sie ungewohnter Geschwindigkeit und Härte unter Druck geraten. Deutschland und Portugal sind in einem Wahljahr, die Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 werden für alle EU-Staaten zusätzlichen innenpolitischen Druck erzeugen.

Während sich die Finanzkrise rapid in die Realwirtschaft fräst, formieren sich nationale Lobbies. Klassische protektionistische Praktiken aller Art feiern fröhliche Urständ. Gerade europäische Politiker werden viel Mut und Argumentationskraft brauchen, um gegen den überall aufbrechenden Protektionismus standhaft zu bleiben. Die frühzeitige partnerschaftliche Einbeziehung der Sozialpartner und der Medien in diese gemeinsame Verantwortung wäre sinnvoll.

Neo-protektionistische Beispiele gefällig? »Buy-American« (Infrastrukturmaßnahmen des Konjunkturprogramms sollen nur Eisen und Stahl aus heimischer US-Produktion verwenden), russische Importzölle auf Neuwagen (von 25 auf 30%) und Gebrauchtwagen (mehr als verdoppelt). »British jobs for british workers« (Wahlkampfeslogan von Gordon Brown am Labour-Parteitag 2007, im Februar 2009 nunmehr Slogan der Gewerkschaft Unite gegen den Einsatz italienischer Arbeiter beim Ausbau einer Dieselraffinerie in Inningham), Agrarsubventionen zum Schutz griechischer Bauern. Dem Welthandel droht – ganz legal – Gefahr aus der Ecke der großen

Schwellenländer. Sie könnten unter den geltenden WTO-Regeln die Zölle massiv anheben (so etwa Brasilien den Durchschnittszoll von heute 13 auf insgesamt 30%).

Der Ruf nach Abschottung wird weiter anschwellen. Die EU täte gut daran, das Thema rechtzeitig einer breiten Öffentlichkeit bewußt zu machen. Letztlich steht der bisher unbestrittene Erfolg des Binnenmarktes auf dem Spiel. Die Europäische Kommission sollte rasch eine Art Frühwarnsystem etablieren, um einer derartigen Welle vorzubeugen. Prävention als explizite Politik gegen krisenverschärfende Maßnahmen könnte über ein »Filterverfahren« organisiert werden.

Unter tschechischer Präsidentschaft hat am 1. März ein EU-Sondergipfel dem Protektionismus die rote Karte gezeigt. Gerade ein mittelgroßes, aber exportstarkes Land wie Österreich sollte klar Position beziehen für Freihandel und offene Märkte. Und sich gegen Wettbewerbsverzerrungen etwa durch unzulässige Staatssubventionen aussprechen.

4. Die Dritte Welt einbeziehen

Wir tragen globale Verantwortung in unserem Weltdorf. Was innerhalb unserer Staaten gilt, gilt auch im internationalen Zusammenhang: die Schwächsten drohen von der Wirtschaftskrise am stärksten und unmittelbarsten betroffen zu sein. Auch die politischen Auswirkungen in schwachen Staaten sind meist direkter und dramatischer als in stabilen Staaten. Europa kann kein Interesse an einer Zunahme von »*failing*« oder gar »*failed states*« haben – schon aus Sicherheitsgründen.

Nachfrageeinbrüche, Rezession und Verunsicherung in der entwickelten Welt führen zu massiven Reduktionen der Investitionstätigkeit im Ausland und zur Gefahr sinkender Umwelt- und Menschenrechtsstandards. Schon jetzt wird der FDI-Rückgang auf 25%, in der Dritten Welt sogar auf 50% geschätzt. Das sind unüberhörbare Alarmsignale. Hier kann gerade verantwortungsvolle europäische und internationale Entwicklungszusammenarbeit und Bewußtseinschärfung gegensteuern.

Global governance wird auch unter diesem Gesichtspunkt neu zu überdenken sein. Das Format der G8 ist überholt. Im April 2009 wird daher der G20-Gipfel mit dem ersten Besuch Barack Obamas in Europa zu einer wichtigen Weichenstellung werden. Umsichtige Vorbereitung ist zwingend. Angela Merkel hat mit ihren Vorschlägen für eine Charta nachhaltigen Wirtschaftens und zur Schaffung eines Weltwirtschaftsrates den Kern getroffen. Sie verdient Unterstützung von Wissenschaft und Politik. Die bereits angedachte Neuordnung des globalen Finanzsystems ist vordringlich, sie allein wird aber nicht ausreichen. Und daß eine vernünftige Reform des Weltsicherheitsrates dringend ansteht, ist mittlerweile anerkannt. Der Grand Seigneur der deutschen Außenpolitik, Hans-Dietrich Genscher, hat schon vor einiger Zeit sehr beachtenswerte Vorschläge für eine »Weltnachbarschaftsordnung« vorgelegt.

5. Ärmel aufkrepeln bei Abrüstung

Während uns auf der einen Seite das verfügbare Geld für soziale Absicherung und Bildung ausgeht, wird militärisch weiter aufgerüstet, als gäbe es keine Wirtschaftskrise. Auch hier steht ein Neudenken an. Und wieder könnte Europa Wegbereiter sein. Nicht im Sinn einer Aufgabe wesentlicher Sicherheitsinteressen, aber als Impulsgeber und Motor grundlegender Veränderungen. Gerade mit einer neuen amerikanischen Administration und einem Rußland in der Krise müßten mutige Schritte um einiges leichter sein als bisher. Und – wie stellen wir uns eigentlich zu den tief beunruhigenden Rüstungsgeschäften mit Afrika?

Die Weltgemeinschaft kann sich bei der Atomenergie einfach keine weiteren Zweifelsfälle an der Schnittstelle zwischen ziviler und militärischer Nutzung leisten. Der Iran ist ein herausragendes Negativbeispiel, könnte aber rascher als gedacht »Nachahmer« finden. Daher Stärkung der Vereinten Nationen – und mehr Kreativität bei alternativen Angeboten.

Die österreichische Initiative für eine Multilateralisierung der nuklearen Anreicherung ist ein solches Beispiel. Wir schlagen vor, alle Transaktionen von nuklearen Brennstoffen über eine »Nuclear Fuel Bank«, eine Internationale Brennstoffbank, laufen zu lassen.

Gemeinsam mit einer Reihe von Staaten setzt sich Österreich auch für das rasche Inkrafttreten des Atomtestsperrvertrags (CTBT) ein. Der Zeitpunkt wäre gut, daraus ein europäisches Anliegen zu machen.

Aber darüber sollten gerade wir Europäer das große Ziel nicht aus den Augen verlieren: eine Welt ohne Atomwaffen. Eine zu radikale Vision? Vielleicht. Zumindest aber eine, die einflußreiche Verbündete gewinnt. George Schultz, William Perry, Henry Kissinger und Sam Nunn haben konkrete Schritte für den Weg hin zu einer atomwaffenfreien Welt aufgezeigt. Madeleine Albright, Colin Powell, Hans-Dietrich Genscher und nunmehr auch Frank Steinmeier setzten sich für diesen Weg ein.

Die Münchner Sicherheitskonferenz hat ein ganzes Bündel praktischer Anregungen in Abrüstungsfragen erbracht. Die EU könnte hier einen durchaus glaubwürdigen eigenen Ansatz entwickeln und einen breitgefächerten Impuls geben.

6. Die großen Konflikte entschärfen

Europa leistet Beispielhaftes im internationalen politischen Krisenmanagement. Die Einstellung der Kriegshandlungen in Georgien im Sommer 2008 ist ein Beispiel wirksamer europäischer Vermittlungsarbeit. Das langjährige europäische Bemühen zur Befriedung des israelisch-palästinensischen Konflikts ist ein weiteres, bisher noch nicht von Erfolg gekröntes. Europäische Außenpolitik mit einer Stimme – das ist eine der großen, auch von der Bevölkerung Europas nachhaltig geforderten Zielsetzungen unserer Zeit. Natürlich kann die EU nicht an die Stelle der Konfliktparteien treten, natürlich braucht die EU viele Partner für ihre Friedensarbeit, natürlich sind weder Finanzmittel noch personelle Ressourcen ausreichend. Aber Europa wächst auch in diesem Bereich zusammen, entwickelt sich weiter und darf sich nicht entmutigen lassen.

Es wäre an der Zeit, der Suche nach einer regionalen Sicherheitsarchitektur im Nahen Osten einen kräftigen Impuls zu geben. Ein brauchbares Modell existiert: Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit hat es 1975 in Zeiten schier unüberbrückbarer Differenzen West und Ost ermöglicht, an einem Tisch über konkrete Verbesserungen zu beraten und gemeinsame Grundsätze zu vereinbaren. Natürlich müßten für eine solche »Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten« alle diejenigen einbezogen werden, die tatsächlich in der Region Einfluß haben. Wird es der neuen US-Administration gelingen, auch Israel von der Sinnhaftigkeit einer derartigen Initiative zu überzeugen?

Die internationale Staatengemeinschaft tritt zu Recht gegen iranische Atomwaffen auf. Daran arbeiten wir in und mit den Vereinten Nationen. Der Umgang mit dem Iran kann aber nicht monothematisch eingeschränkt werden auf die Nuklearfrage. Als gewichtiger Mitgestalter regionaler Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten muß der

Iran anerkannt und in die Verantwortung genommen werden. Im gesprächsfreien Raum geht das schlicht nicht – Washington sollte daher unverzüglich eine tragbare Gesprächsbasis mit Teheran aufbauen. Wie es falsch war, Afghanistan bisher isoliert ohne regionalen Kontext zu betrachten, so ist es gleichermaßen falsch, das iranische Atomprogramm zur einzig relevanten Frage hochzustilisieren.

Die EU-Mission im Tschad, der gemeinsame Einsatz gegen die Piraten vor der Küste Somalias, die ganze humanitäre Arbeit der EU – all das sind Beispiele für konkrete europäische Beiträge zu mehr Frieden in der Welt. Mit dem europäischen Außenminister, der im Vertrag von Lissabon vorgesehen ist, und mit dem Europäischen Diplomatischen Dienst entwickelt die Union neue und praxiswirksame Instrumente für mehr gemeinsames Handeln. Die EU hat keinen Grund, ihr Licht unter den Scheffel zu stellen. Sie darf aber auch in Krisenzeiten diese Arbeit, die auch ein Teil unserer neuen europäischen Identität ist, nicht vernachlässigen oder in den Hintergrund rücken lassen.

7. Europäische Hausaufgaben machen

2009 wird erschwert durch den Nebel über der Zukunft der europäischen Institutionenlandschaft. Das irische Referendum zum Vertrag von Lissabon und die dadurch begünstigte Welle europaskeptischer bis -feindlicher Kräfte hat eine Etablierung klarerer Führungsstrukturen nicht leichter gemacht. Trotzdem: Gaskonflikt, Wirtschaftskrise und die außenpolitischen Handlungserfordernisse von Afghanistan, Irak, Iran, Pakistan bis Afrika lassen die Notwendigkeit einer entschlossenen Fortentwicklung der europäischen Hausordnung in einem neuen, viel positiveren Licht erscheinen.

Wir brauchen ganz einfach eine handlungsfähige, moderne, bürgernähere und effizientere Union. Der Vertrag von Lissabon ist gerade jetzt ein unentbehrlicher Schritt auf diesem Weg. Bis Ende des Jahres kann er realistisch in Kraft sein. Populistische Störfeuer ändern nichts an der Notwendigkeit, eine Rechtsgrundlage etwa im Bereich Energiesicherheit zu haben. Es wäre ein fataler Akt europäischer Selbstbeschädigung, wenn es dem irischen »Mr. No« und seinesgleichen gelänge, dieses von 27 demokratischen Staaten mühsam ausgehandelte Werk ins Wanken zu bringen.

Der vermehrt erklingende Ruf nach nationalen Volksabstimmungen über europäische Themen bringt keinerlei brauchbare Lösung für irgendeine reale Sorge der Europäer: weder sinkt die Arbeitslosigkeit, noch sinken die Preise. Weder entsteht mehr Sicherheit noch mehr Verteilungsgerechtigkeit. Für Europa ist das Konzept eines Fahrzeuges mit 27 Bremspedalen – sprich nationalen Referenden – realitätsfern. Wer reale Verantwortung zu tragen bereit ist, sollte daher klar Distanz beziehen zu derartigen verantwortungslosen Vernebelungsaktionen. Die parlamentarische Demokratie darf gerade in europäischen Fragen nicht geschwächt, sondern muß im Gegenteil gestärkt werden – selbst wenn das denjenigen nicht paßt, die sich selbstherrlich und eigenmächtig zum »Volk« aufzuschwingen belieben.

Die nationalen Parlamente sollten sich ihrerseits bei der Subsidiaritätskontrolle stärker einschalten. Der Lissabon-Vertrag ermöglicht das. Viel Frust mit der EU könnte entschärft werden, indem die Tendenzen zu europäischer Überregulierung wirksam gestoppt werden.

Apropos Hausaufgaben: Im Zeitalter der Energieunsicherheit könnte schon beim EU-Frühjahrgipfel ein positives Zeichen gesetzt werden mit einer europäischen Forschungsinitiative zugunsten erneuerbarer Energie. Je schneller Europa sich in dieser

Zukunftssparte einen Vorsprung verschafft, desto besser für unsere Wettbewerbsfähigkeit. Die Welt schläft nicht, Europa muß forschen und innovativen Mehrwert auf die Waagschale bringen. Die Europäische Kommission könnte übrigens ohne große Probleme die nötigen finanziellen Impulse mobilisieren. Die Gefahr ist allerdings groß, daß stattdessen die Kommission durch Machtkämpfe und Personalspekulationen im so entscheidenden Jahr 2009 wenig handlungsfreudig sein wird.

8. Dem Neo-Nationalismus entgegenreten

Was in der Wirtschaft unter dem Titel Protektionismus läuft, gilt ebenso in der Politik: Abschottung ist ein Irrweg. Einigeln bringt nichts. Nur gemeinsam kann das Ringen um Lösungen erfolgreich sein. Niemand ist eine Insel. Vielmehr Mut zu Europa, Mut zum Miteinander!

Beispiel Ungarn: Im Dezember 2007 wurde Ungarn in den Schengenraum aufgenommen, die Grenzbalken zur EU abgeschafft. Im Oktober 2008 hat Ungarn ein von der EU, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank geschnürtes Kreditpaket von 20 Milliarden Euro zur Stabilisierung seiner wirtschaftlichen Lage erhalten. Das ist europäische und internationale Solidarität. Wer kann angesichts dieser Fakten vernünftigerweise behaupten, die fast fünf Jahre EU-Mitgliedschaft hätten Ungarn nicht viel gebracht?

Beispiel Irland: Die irische Zentralbank prognostiziert für 2009 einen Rückgang des BIP um 4,7%, die staatlichen Einnahmen sind in der zweiten Jahreshälfte 2008 durch fehlende Steuereinnahmen aus Immobilien-Transaktionen eingebrochen, die Defizitschätzungen gehen in Richtung 11% plus. Die Zweifel an Irlands Kreditwürdigkeit wachsen. Die Iren können in dieser Lage nicht das geringste Interesse daran haben, zum europäischen Sonderling zu werden. Ein zweites Nein in einer Volksabstimmung hätte unabsehbar negative Auswirkungen für Irlands EU-Mitgliedschaft. Während das nahe Island nach einer beispiellosen Finanzkatastrophe geradezu verzweifelt das Steuer in Richtung EU-Beitritt umlegt.

Beispiel Österreich: Gerade unser Land hat vom EU-Beitritt und der Erweiterung Nutzen gezogen. Das belegen alle Fakten. Es kann nicht in unserem Interesse sein, ein Sonderdasein als wankelmütiger Europäer anzustreben. Ganz im Gegenteil: Österreich sollte alle Gelegenheiten nützen, sich als engagierter und verlässlicher Mitgestalter dieses neuen Europa einzubringen. Alles andere führt in die Sackgasse mißsüchtiger Selbstisolation.

Die Europäische Union und vor allem die Länder der Eurozone erweisen sich im weltweiten Durcheinander als Stabilitätsanker und Impulsgeber. Für Europa insgesamt, für die Nachbarn und auf globaler Ebene.

Mehr Mut zu mehr Europa muß gezielt und wohl dosiert sein. Wo es notwendig ist und Sinn macht. Mit »Subsidiarität« als Ordnungsprinzip und Kompetenzfilter. Der Vertrag von Lissabon zeigt übrigens deutlich, daß Europa mittlerweile gelernt hat, auch wieder loszulassen und Kompetenzen an die Mitgliedstaaten zurückzuübertragen. Das ist nur einer der Gründe, warum wir diesen Vertrag brauchen.

Wir haben seit Winston Churchills Züricher Rede die Werkzeuge und den Willen entwickelt, eine positive Kraft im Weltdorf zu sein. Eine Macht ganz eigener, ganz neuer Art. Die sich nicht durchsetzt mit Gewalt, sondern mit der Macht vernünftiger Regeln. Mit der Kraft von Wirtschafts- und Entwicklungshilfe, von Solidarität und Nachhaltigkeit. Mit dem Prinzip Partnerschaft und best practise.

Das europäische Lebensmodell beruht auf einem klaren Wertesystem und bedeutet vor allem Respekt vor Vielfalt, vor den vielen wertvollen – manchmal mühsamen – Besonderheiten, die den Reichtum und die Zukunftskompetenz dieses Kontinents ausmachen. Angewandter Tribalismus eben... Die ständige Suche nach einer Balance von starker Wirtschaft, sozialer Verantwortung, Nachhaltigkeit und Respekt vor der Vielfalt. Dieses Modell hat sich bewährt.

Europa hat keinen Grund zur Verzagtheit in der Krise.

Im Gegenteil, Mut ist gefragt.

Mut zu mehr Europa – mehr Mut zu Europa.